

Taiwan und Japan - zurück zum Kriegszustand?

Als Folge der am 29. September bekanntgegebenen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Tokyo wurden die Beziehungen Japans mit der Republik China (Nationalchina) in Taiwan abgebrochen und ebenfalls der Friedensvertrag von 1952 zwischen den beiden vertragschließenden Parteien aufgehoben. Seit der außenpolitischen Offensive Pekings nach der Kulturrevolution haben zwanzig Staaten wegen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking Taiwan im Stich gelassen (1), aber keiner hat bisher der Regierung in Taipei einen so großen Schmerz bereitet wie Japan.

In der Vergangenheit hat Japan die Regierung Chiang Kai-shek bereits mehrmals deprimiert. 1928, als Chiangs Nordfeldzug (Pei-fa) in Shantung anlangte, sandte Tokyo eine Truppe in Stärke von 5000 Mann in die chinesische Provinz, um die Einigung Chinas zu verhindern. 1931 besetzt Japan die nordostchinesischen Provinzen (Mandschurei) und errichtete 1932 einen Marionettenstaat, das sogen. Mandschukuo. Zwischen 1937 und 1945 führten die Japaner einen totalen Krieg gegen China. Chiangs Regierung wurde damals gezwungen, ihren Sitz von der Hauptstadt Nanking nach Chungking im inneren China zu verlegen. Schon vor der Gründung der Kuomintang-Regierung hatte das Reich der Mitte jahrzehntelang unter dem japanischen Imperialismus zu leiden. Durch den Krieg 1894/95 verlor China die Insel Taiwan an Japan. Infolge des russisch-japanischen Krieges 1904/05 übernahm Japan das eigentlich von China an Rußland verpachtete Gebiet der Südmandschurei. Nach dem ersten Weltkrieg erhielt Japan im Versailler Vertrag die deutschen kolonialen Rechte und Besitzungen in der chinesischen Provinz Shantung, obwohl China auch zu den Siegermächten des ersten Weltkrieges gehörte. Einmischungen Japans in die chinesischen inneren Angelegenheiten waren in der modernen Geschichte besonders häufig.

Um die historischen Feindseligkeiten endlich beizulegen, appellierte Marschall Chiang Kai-shek 1945 nach der bedingungslosen Kapitulation Japans an die chinesische Bevölkerung, das japanische Volk von den japanischen Militaristen zu unterscheiden und keine Rache an der unschuldigen japanischen Masse zu nehmen. So konnten die zwei Millionen japanischen Kriegsgefangenen und Zivilisten in China in kurzer Zeit heimkehren. Nach der Version der nationalchinesischen Regierung hat sich Chiang auf der Kairoer Konferenz auch noch für die Beibehaltung des Tenno-systems und die Einheit Japans eingesetzt. Diese Politik von Chiang findet ihren Ausdruck in den Worten "i-te-pao-yüan" (Böses mit Gutem vergelten).

Doch China wurde 1951 von den Amerikanern und Engländern die Teilnahme an der Friedenskonferenz von San Francisco verweigert, obwohl es acht Jahre lang den Widerstandskrieg gegen Japan geführt hatte. Der Hauptgrund dafür war, daß seit 1949 in China zwei Regierungen existieren. Die Kommunisten gründeten nach ihrem Sieg auf dem chinesischen Festland ihr Regime in Peking, und die Kuomintang unter Chiang Kai-shek wurde dank der Wieder-gewährung amerikanischer militärischer Unterstützung nach dem Ausbruch des Koreakrieges in die Lage versetzt, auf der Insel Taiwan festen Fuß zu fassen. Beide Seiten behaupten die rechtmäßige Alleinvertretung für das ganze China.

Statt des Friedensvertrages von San Francisco hat Tokyo 1952 unter dem Druck des damaligen Außenministers der USA Dulles einen bilateralen Friedensvertrag mit Taipei abgeschlossen.

Dieser Vertrag beendete den Kriegszustand zwischen Japan und der Republik China (Art.1). Aber Japan wollte in den Vertrag die Republik nicht als das ganze China ansehen und beschränkte die Anwendung des Vertrages auf die von Taipei kontrollierten Territorien, nämlich Taiwan und die P'eng-hu- (Pescadores-) Inseln (Notenaustausch Nr.1). Um damals eine Anerkennung Pekings durch Japan zu verhindern, hat die nationalchinesische Regierung trotz dieser und anderer Mängel den Vertrag unterzeichnet (2).

Im Kielwasser amerikanischer Außenpolitik hat Tokyo - wie Washington - 20 Jahre lang vergeblich versucht, sowohl mit Taipei als auch mit Peking diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die Zwei-China-Theorie wird von den Kommunisten wie von der Kuomintang kategorisch abgelehnt.

Die Taiwan-Frage war diesmal auch der Kernpunkt in den Verhandlungen zwischen Chou En-lai und Tanaka. Japan mußte schließlich im Kommuniqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VRCh die Bedingungen Chous akzeptieren, nämlich die Anerkennung Pekings als "einzig rechtmäßige Regierung Chinas" (Art.2) und die Einwilligung in den chinesischen Standpunkt, daß Taiwan ein untrennbarer Teil des chinesischen Territoriums ist". Entgegen der dritten Bedingung Chou En-lais hat der japanische Außenminister Ohiro noch am Tage der Veröffentlichung des Peking-Kommuniqués erklärt, daß der 1952 zwischen Japan und der nationalchinesischen Regierung geschlossene Friedensvertrag nunmehr seine Gültigkeit verloren habe und diplomatische Beziehungen zwischen Tokyo und Taipei nicht mehr unterhalten werden könnten.

Die Umorientierung der japanischen Chinapolitik begann eigentlich schon unter der Regierung Sato. Der "Nixon-Schock" (die überraschende Ankündigung der Reise Nixons nach China) und der Eintritt der VRCh in die UNO im letzten Jahr zwangen Tokyo, seine Haltung gegenüber Peking zu ändern. Zunächst wollte seine Regierung den "Yoshida-Brief" von 1964 (die Zusage an Chiang Kai-shek, daß der japanische Handel mit dem chinesischen Festland nicht mit offiziellen Krediten unterstützt werde) für nicht mehr verbindlich erklären (3). Doch Sato scheiterte bei seinem Versuch zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Tokyo und Peking daran, daß er die Freundschaft mit Taipei nicht abbrechen wollte. Im Kampf um die Nachfolge Satos im Juli dieses Jahres zwischen Tanaka und Fukuda, Satos Außenminister, stand die Chinapolitik im Vordergrund. Während Fukuda die Fortsetzung der Peking-Politik Satos ("Ja, aber") folgte, befürwortete Tanaka den eindeutigen Pro-Peking-Kurs, selbst auf Kosten Taiwans (4).

In Taiwan hielt man zunächst Tanakas Worte für Wahlpropaganda und glaubte auch nach seiner Machtübernahme noch nicht, daß der neue Ministerpräsident seine Chinapolitik würde durchführen können - ohne Rücksicht auf den Widerstand der Pro-Taiwan-Gruppe innerhalb seiner Liberaldemokratischen Partei, ohne Rücksicht auf die Bedenken bezüglich des Bündnisses mit den USA und ohne Rücksicht auf die Vertragstreue und moralische Verpflichtung gegenüber der nationalchinesischen Regierung (5). Als sich Mitte September die Mutmaßungen über einen kurz bevorstehenden Termin für Tanakas Reise nach Peking immer mehr verdichteten, vermehrten sich die Proteste in der taiwanesischen Öffentlichkeit. Shiina, der als Sonderbotschafter Tanakas zur Erklärung der neuen Chinapolitik Japans nach Taipei entsandt worden war, wurde am 17. September bei seiner Ankunft in Taipei mit Demonstrationen Jugendlicher empfangen. Auch bei seinen Gesprächen mit den nationalchinesischen

Politikern und Abgeordneten mußte er für Tanaka zahlreiche Angriffe hinnehmen. Mit der Hinzögerung des Empfanges von Shiina hoffte Taipei wahrscheinlich, taktisch den Reiseplan des japanischen Ministerpräsidenten noch im letzten Augenblick zu behindern.

Chou En-lai seinerseits hat die japanische Delegation unter Kosaka, die als Vortrupp für Tanakas Reise diente, kurz vor ihrer Abreise von Peking plötzlich am 19. September um Mitternacht zu einer Sitzung geholt, um ihm zu erklären, was es mit der Aussage Shiinas in Taipei auf sich habe, daß Japan nach einer Normalisierung der Beziehungen zu Peking sein diplomatisches Verhältnis zu Taipei weiter aufrechterhalten möchte (6).

Das Pekinger Kommuniqué zeigt, daß Japan die Illusion einer Zwei-China-Politik völlig hat aufgeben müssen. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Tokyo und Taipei bleibt aber noch die völkerrechtliche Frage, was die Aufhebung des Friedensvertrages von 1952 bedeuten kann: Handelt es sich nur um die Beendigung der Freundschaft zwischen Tokyo und Taipei oder überhaupt um eine Verneinung der rechtlichen Gültigkeit dieses Abkommens? In dem genannten Kommuniqué wird das Abkommen nicht erwähnt. Der einzige Hinweis auf dieses Problem findet sich in der Präambel des Kommuniqués, wo es heißt, daß beide Völker (China und Japan) den tiefen Wunsch nach einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen und nach einem Ende des Kriegszustandes hegten. Darüber hinaus besagt der erste Artikel, die bisher zwischen Japan und der VRCh bestehende "anomale Situation" werde mit dem Tage der Veröffentlichung des gemeinsamen Kommuniqués beendet. Artikel 8 drückt ferner die Übereinkunft beider Seiten aus, über den Abschluß eines Vertrages über Frieden und Freundschaft zu verhandeln. Nur in einer Presseerklärung deutete der japanische Außenminister Ohira an, daß der 1952 zwischen Japan und der nationalchinesischen Regierung geschlossene Friedensvertrag seine "Wirksamkeit" verloren habe. Das ist offensichtlich ein Kompromiß zwischen Chou und Tanaka, damit einerseits Peking behaupten kann, es habe die Existenz des Vertrages von 1952 zwischen Tokyo und Taipei nicht anerkannt; andererseits hat aber auch Japan die Möglichkeit, die Verlautbarung so auszulegen, daß es diesen Vertrag nicht von Anfang an als ungültig betrachte.

Einige Leute in Taiwan vertreten die Meinung, daß die Annullierung des Friedensvertrages von 1952 durch Japan einer Wiederherstellung des Kriegszustandes zwischen Tokyo und Taipei gleichkäme. Daraufhin wird ein Boykott japa-

nischer Waren und die Sperrung der Taiwan-Straße für japanische Schiffe usw. gefordert (7). Am 26. September hat die nationalchinesische Marine ein japanisches Fischerboot festgenommen. Dieser Zwischenfall fiel gerade auf den Tag der Ankunft Tanakas in Peking (8). In der nordtaiwanesischen Hafenstadt Chilung haben die Restaurants beschlossen, während des Tanaka-Besuchs in Peking keine japanischen Gäste aufzunehmen (9).

Dennoch findet sich in den heftigen Regierungserklärungen kein Anzeichen für allgemeine radikale Vergeltungsmaßnahmen gegen Japan. Taipei muß wissen, daß ein völliger Bruch mit Tokyo eher dem eigenen Wirtschaftsboom Nachteile bringen kann als den Handelsinteressen Japans zu schaden. Taiwan ist zur Zeit zwar nach den USA und Kanada der drittgrößte Absatzmarkt Japans, aber Japan ist auch der größte Lieferant Taiwans (japanischer Einfuhranteil 1971: 38,6%). Die Bemühungen Taiwans in den letzten Jahren um einen Ausgleich des Defizits im Handel mit Japan (1971: Einfuhr aus Japan 767 Mill. US-\$; Ausfuhr nach Japan 267 Mill.) verblieben ohne großen Erfolg. Infolge der politischen Spannungen hat das Außenhandelsamt (Board of Foreign Trade) in Taipei am 8. September die Höchstgrenze für Einfuhren aus Japan auf 20 000 US-\$ pro Auftrag festgesetzt. Über den Betrag von 20 000 US-\$ hinausgehende Einfuhraufträge sollen nach Europa oder in die USA vergeben werden (10). Die Regierung wird notfalls sogar den Preisunterschied zwischen europäischen und japanischen Waren durch Zollsenkung ausgleichen (11). Da die industrielle Struktur Taiwans jedoch allgemein bisher auf Japan ausgerichtet war (geographische Nähe, Sprache, Erfahrungen, Normen, Ersatzteile etc.), wird die Importverlagerung von Japan auf Europa noch auf viele Schwierigkeiten stoßen.

Andererseits deutet die Tatsache, daß in dem Pekinger Kommuniqué und den dazu gehörenden offiziellen Erklärungen die Wirtschaftsbeziehungen Japans zu Taiwan nicht erwähnt werden, darauf hin, daß Peking Japan das Zugeständnis macht, seine Handelsbeziehungen mit Taiwan in Zukunft nicht unterbrechen zu müssen. Viele Leute meinen, daß Tanaka im Pekinger Kommuniqué vor Chou En-lai kapituliert habe. In Wirklichkeit sollen aber die Japaner der große Gewinner sein. Denn sie brauchen einerseits ihren Absatzmarkt in Taiwan nicht zu verlieren und können andererseits auch den Handel mit Peking ausdehnen. Dazu sind sie sowohl von Taipei als auch von Peking von der Zahlung der Kriegsreparationen (ca. 50 Mrd. US-\$) befreit worden. Was Japan wirklich verloren hat, ist nur seine "Zwei-China-Politik". ni

- (1) Dies sind: Kanada (13.10.70), Italien (6.11.70), Chile (5.12.70), Kamerun (3.4.71), Kuwait (29.3.71), Sierra Leone (29.7.71), Türkei (4.8.71), Iran (16.8.71), Belgien (25.10.71), Peru (2.11.71), Libanon (9.11.71), Ruanda (12.11.71), Senegal (7.12.71), Zypern (14.12.71), Malta (31.1.72), Mexiko (14.2.72), Argentinien (19.2.72), Griechenland (5.6.72), Togo (19.9.72) und Japan (29.9.72)
- (2) Dazu vgl. Fan Shu-han (Chung-jih Ho-yüeh" Tao-na-li-ch'ü? (Quo vadis Chinesisch-japanischer Friedensvertrag?) in: Ming-pao,

- Hong Kong April 1972, S.37 ff.
- (3) S. JT 12.5.71
- (4) Vgl. dazu C.a. Juli 72 S.5
- (5) Dazu vgl. z.B. Chung-yang Jih-pao, 29.8.72
- (6) S. JT 20., 21., u.24.9.72; vgl. auch Chung-yang Jih-pao 20. u.21.9.72
- (7) Vgl. Chung-yang Jih-pao 23.8., 18.-21.9.72; JT 20.9.72
- (8) Chung-yang Jih-pao, 27.9.72
- (9) Chung-yang Jih-pao 25.9.72
- (10) Free China Weekly, Taipei 17.9.72.
- (11) Chung-yang Jih-pao 3.9.72